P4 Leben & Soziales

Gremium: Kreisvorstand Offenbach-Land

Beschlussdatum: 18.10.2025

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlprogramm zur Kommunalwahl

Antragstext

- Für den Bereich Soziales steht im Kreis das meiste Geld im Haushalt. Der
- angespannten Haushaltslage effizient zu begegnen, bedeutet für uns nicht nur
- eine auskömmliche, sondern auch effiziente Organisation, die den Erfordernissen
- würdevoll gerecht wird. Für ein gutes Leben ohne soziale Kälte im Kreis
- 5 Offenbach.

6 Wohnen

- Auch der Kreis Offenbach ist von dem Problem hoher und weiter steigender
- 8 Mietpreise betroffen, wie alle Kommunen im Rhein-Main-Gebiet und vor den Toren
- der Zentren Frankfurt und Offenbach. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen,
- um die Mietpreise bezahlbar zu halten.
 - Wir streben die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft an, die günstigen und nachhaltigen Wohnraum schafft – auch für Geflüchtete und große Familien. Holzmodulbauweisen bieten hierfür ökologische und flexible Lösungen. Trotz Inflation und steigender Baukosten halten wir am Grundsatz fest:
 - Wohnen ist ein soziales Grundrecht

Kinder und Jugend

24

- Wir wollen eine bessere Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe mit der Ausländerbehörde, um Doppelbearbeitungen und Hemmnisse auszuräumen. Auch in
- diesem Bereich muss das Beantragungswesen weiter digitalisiert werden.
 - Die zur Verfügung stehenden Plätze für Inobhutnahmen reichen im Kreis Offenbach nicht aus. Das werden wir dringend ändern.
 - KiTa-Plätze und Betreuungsplätze für Grundschulkinder im Kreisgebiet sollen im Zusammenwirken mit den Kommunen klagesicher in der

- erforderlichen Höhe ausgebaut werden. Wir wollen vermeiden, dass für Schadenersatzklagen wegen fehlender Betreuung Steuergeld ausgegeben wird.
 - Jugendlichen wollen wir nach Kräften mehr Partizipation ermöglichen, weswegen wir den Anlauf für ein Jugendparlament unter Einbindung der Schülervertretung wagen wollen.
 - Dem Phänomen der Vereinsamung unter Jugendlichen soll mit dem Ausbau von Jugendtreffpunkten entgegengewirkt werden.
 - Für eine zukünftige Sicherung unserer Wirtschaft und einer Begegnung von Arbeits- und Fachkräftemangels streben wir im Kreis die Unterstützung bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende an.

Geflüchtete

- Wir GRÜNE im Kreis stehen für eine klare Haltung und transparente Kommunikation in der Integrationspolitik. Die Errichtung weiterer großer Sammelunterkünfte wollen wir verhindern, Unterbringung soll dezentral fortgesetzt werden.
 - Wir wollen eine Betreuung der Traumatisierten ermöglichen und als Kreis an diesen Stellen für einen Ausbau sorgen, wo die bereits geschieht.
 Prävention sollte sich der Kreis hier leisten wollen.
 - Wir wollen insbesondere Mitarbeitenden im Kreisgebiet und in der Verwaltung Kurse für interkulturelle Kompetenz ermöglichen und die Teilnahme daran fördern

45 Frauen

- Frauenpolitik ist seit jeher wichtiger Teil GRÜNER Programmatik. In unserer
 Kreispolitik stellen wir uns klar gegen den Kurs eines konservativen Backlashs
 ins letzte Jahrtausend. Abgesehen von einer sich andeutenden Politiklandschaft
 als reine Männerdomäne, stehen folgende frauenpolitsche Maßnahmen in der
 Sozialpolitik des Kreises für uns im Vordergrund.
 - Die Zahl der Plätze hiesiger Frauenhäuser unterschreitet massiv, was gemäß Gewalthilfegesetz für den Kreis Offenbach notwendig wäre. Der Schutz vor Gewalt ist für uns Ausdruck der Menschenwürde. Die bisherige Arbeit unserer Fraktion in diesem Bereich soll verstärkt, öffentlich sichtbar gemacht und konsequent fortgeführt werden.
 Wir fordern eine Erhöhung der Plätze im Sinne der UN-Istanbul-Konvention.
 - Wir wollen die Einrichtung einer "Hotline nach Vergewaltigung" erreichen, die im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern und der Leitstelle realisiert werden soll.

Teilhabe und Inklusion

- Menschen mit Behinderung sollen im Kreis Offenbach mitentscheiden können. Wir
- setzen uns dafür ein, dass ein Inklusionsbeirat (Behindertenbeirat) eingerichtet
- os wird, der regelmäßig tagt, Barrierefreiheit begleitet und bei politischen
- 64 Entscheidungen mitwirkt. Denn wer Teilhabe ernst nimmt, muss Menschen mit
- 65 Behinderung auch eine Stimme geben. Die UN-Behindertenrechtskonvention
- of verpflichtet uns dazu: Nichts über uns ohne uns.

67 Sozial- und Eingliederungshilfe

- Menschen ohne Obdach gibt es auch im Kreis Offenbach. Im Ringen um die
- 20 Zuständigkeit wollen wir entwürdigendes Hin und Her beenden. Auf der Basis des
- 70 Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit sind unsere Vorschläge diese
- Maßnahmen:
 - Wir wollen zentral über die Kreisverwaltung organisierte Anlaufstellen für die Betreuung und Versorgung obdachloser Menschen. Zu den Leistungen gehören niedrigschwelliger Zugang zu Wohnraum, medizinische Unterstützung und soziale Begleitung.
 - Um den unweigerlich über uns kommenden Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen zu können, ist die wertvolle Arbeit der Leitstelle Älterwerden für uns wichtig und soll mit mir Kapazität ausgestattet werden.
 - Die sozialen Dienste der Kreis-Kommunen werden durch einheitliche Richtlinien im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen entlastet.
 Hilfsbedürftigen gibt dies im Ergebnis Orientierung und Rechtssicherheit.
 - Der Kreis soll sich dafür einsetzen, dass die Wohlfahrtsverbände reformiert werden. Dabei geht es uns insbesondere darum, den drohenden Abbau von Leistungen der Wohlfahrtsverbände zu verhindern.

6 Gesundheit

- Wir fordern eine Bedarfsermittlung für Pflegeplätze im Kreis. Auch für die
- Belegung von Pflegeplätzen wünschen wir uns eine stärkere Koordinationsrolle des
- 89 Kreises. Viele Menschen landen in der Pflege, weil sie nach einem
- Klinikaufenthalt keine Reha antreten können: zu weit weg, zu spät bewilligt oder
- schlicht nicht machbar. Dabei wäre genau in diesem Moment Hilfe entscheidend.
- 92 Mobile Reha kommt nach Hause, unterstützt im Alltag und kann Pflegebedürftigkeit
- yerhindern. Wir wollen im Kreis Offenbach ein Modellprojekt starten, das zeigt,

- wie frühzeitige Unterstützung Kosten senkt, Selbstständigkeit erhält und Menschen vor dem Heim bewahrt.
 - Wir wollen mit Blick auf das Leben in Zeiten des Klimawandels im Kreis Offenbach einen wirkungsvollen Hitzeschutzplan einrichten.
 - Wir wollen eine zentrale Erfassung von Bedarf und Angebot von Pflegeplätzen im Kreis etablieren.
 - Klinikaufenthalten eine mobile Reha einrichten kann.
 - Der Eigenbetrieb Rettungsdienst soll im Kreis Offenbach gestärkt werden. Wir befürworten die Einführung eines Tele-Notarztsystems.
 - Im Kreis Offenbach existieren zu wenige Hospize. Wir wollen eine aktive Rolle des Kreises Offenbach bei der Förderung von Hospizen.

Psychische Gesundheit als Teil öffentlicher Vorsorge

- Wir setzen uns für den Ausbau der psychologischen Versorgung ein insbesondere im Bereich der Gewaltprävention. Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen frühzeitige Unterstützung. Wir fördern Trauma-Kurse, stärken Selbsthilfegruppen und qualifizieren ehrenamtlich Engagierte. Psychische Gesundheit ist eine zentrale Säule öffentlicher Sicherheit und darf nicht länger vernachlässigt werden. Die Mittel für den ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst), Jugendhilfeausschuss, Inobhutnahmen nach §8a SGB VIII, soziale Teilhabe und
- Hilfen zur Erziehung sollen im Haushalt erhöht werden.
- HOHE MIETEN BEKÄMPFEN I FRAUENHÄUSER AUSWEITEN I VERWALTUNG DER ÄMTER VERBESSERN I ANGEBOTE GEGEN OBDACHLOSIGKEIT SCHAFFEN I PSYCHOLOGISCHE BEGLEITUNG AUSWEITEN